

**Satzung der Gemeinde Siek,
Kreis Stormarn, über den
Bebauungsplan Nr. 13A**

Gebiet: tlw. Hoisdorfer Weg, Verlängerung Fichtenweg

TEIL B - TEXT

1. Innerhalb der Verkehrsfläche der Erschließungsstraße A sind mindestens 9 Parkplätze in Längsaufstellung anzuordnen, weiter sind hier mindestens 5 Straßenbäume zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten.
(§ 9(1)11 BauGB + § 9(1)20 BauGB + § 9(1)25a BauGB i.V.m. § 9(1)25b BauGB)
2. Innerhalb der Verkehrsfläche der Erschließungsstraße B sind mindestens 3 Parkplätze in Längsaufstellung anzuordnen, weiter sind hier mindestens 3 Straßenbäume zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten.
(§ 9(1)11 BauGB + § 9(1)20 BauGB + § 9(1)25a BauGB i.V.m. § 9(1)25b BauGB)
3. Innerhalb der von der Bebauung freizuhaltenden Fläche (Sichtfläche) sind bauliche Anlagen jeglicher Art sowie Einfriedigungen entlang den öffentlichen Verkehrsflächen jeweils bis zu einer Höhe von 0,7 m über dem zugehörigen angrenzenden Straßenniveau zulässig. Die Höhenbeschränkung betrifft auch Bepflanzungen mit Ausnahme zu erhaltende Einzelbäume bzw. zu pflanzende und zu erhaltende Einzelbäume.
(§ 9(1)10 BauGB + § 9(4) BauGB + § 84 LBO)
4. Die Einfriedigungen zu öffentlichen Verkehrsflächen der Erschließungsstraßen und Wohnwege sind bis zu einer Höhe von 1,0 m zulässig. Die Einfriedigungen zur öffentlichen Verkehrsfläche des Geh- und Radweges ist bis zu einer Höhe von 1,5 m zulässig. Sofern auf den Grundstückseinfriedigungen zusätzliche Bepflanzungen vorgenommen werden, gilt diese Höhenbeschränkung jeweils auch für die Einfriedigung und Bepflanzung als zulässige Gesamthöhe mit 1,0 m bzw. 1,5 m. Die Bepflanzungen sind hierbei um 0,6 m von der jeweiligen öffentlichen Verkehrsfläche zurückzunehmen.
(§ 9(4) BauGB + § 84 LBO)
5. Erforderliche Versorgungsleitungsführungen innerhalb des Plangebietes für elektrische Energie, Telekommunikation (Festnetz) sowie Television sind nur unterirdisch zulässig.
(§ 9(1)13 BauGB)
6. Die festgesetzte Löschwasserkisterne ist mit einem Volumen von bis zu 200 cbm verfügbare Löschwassermenge zu errichten.
(§ 9(1)12 BauGB)
7. Die Baugrundstücke Nr. 13 bis Nr. 18 sind über das in der Planzeichnung festgesetzte Geh-, Fahr- und Leitungsrecht in einer Mindestbreite von 4,0 m zu erschließen. Hierbei ist die Befahrbarkeit des Geh-, Fahr- und Leitungsrechtes, wie das von Feuerwehrezufahrten gemäß den Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr (DIN 14090) herzustellen.
(§ 9(1)21 BauGB)
8. Auf den Baugrundstücken Nr. 13 bzw. Nr. 18 ist wahlweise im Nahbereich des festgesetzten GFL-Rechtes an der Erschließungsstraße A ein Müllgefäßstandplatz zu Gunsten der Baugrundstücke Nr. 13 bis Nr. 18 im bedarfsgerechten Umfang anzulegen.
(§ 9(1)14 BauGB)
9. Nach § 1 Abs. 6 Ziffer 1 der Baunutzungsverordnung wird festgesetzt, dass die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen des § 4 Abs. 3 Nr. 4 „Gartenbaubetriebe“, Nr. 5 „Tankstellen“ der Baunutzungsverordnung innerhalb des Allgemeinen Wohngebiets nicht Bestandteil des Bebauungsplanes sind.
(§ 9(1)1 BauGB + § 1(6)1 BauNVO)
10. Nach § 1 Abs. 6 Ziffer 2 der Baunutzungsverordnung wird festgesetzt, dass die ausnahmsweise zulässige Nutzung des § 4 Abs. 3 Nr. 2 „sonstige nicht störende Gewerbebetriebe“ der Baunutzungsverordnung innerhalb des Allgemeinen Wohngebiets allgemein zulässig ist.
(§ 9(1)1 BauGB + § 1(6)2 BauNVO)
11. Nebenanlagen gemäß § 14(1) BauNVO und die nach Landesrecht genehmigungsfreien Nebenanlagen sowie überdachte Stellplätze sind auf einer Tiefe von 1,50 m, jeweils gemessen von der öffentlichen Verkehrsfläche, unzulässig. Bei Garagen und Carports ist ein Abstand von 3,0 m von der öffentlichen Verkehrsfläche her einzuhalten. Von dieser Festsetzung sind Einfriedigungen und Spielgeräte ausgenommen.
(§ 9(1)10 BauGB)
12. Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) darf die zulässige Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 bzw. 0,4 für Anlagen nach § 19(4) Satz 1 Baunutzungsverordnung um bis zu 75 vom Hundert überschritten werden.
(§ 9(1)1 BauGB + § 19(4) BauNVO)
13. Die Mindestgrundstücksgröße beträgt bei
 - Doppelhäusern je Doppelhaushälfte mindestens 300 qm
 - Einzelhäusern 500 qm mit der Ausnahme, dass die Mindestgröße von 500 qm um 10 vom Hundert unterschritten werden darf
 - Reihenhäusern 200 qm pro Einheit und einer Grundstücksbreite von mindestens 6,20 m pro Einheit in einer Reihenhauseinheit
(§ 9(1)3 BauGB + § 31(1) BauGB)

14. In Einzelhäusern, bestehend aus einem Gebäude, sind maximal 2 **Wohnungen** je Gebäude zulässig. Bei aneinandergebauten Gebäuden (Einzelhaus/Doppelhaus/Reihenhaus) **ist** je Gebäude maximal 1 Wohnung zulässig. Der Bereich des Wohngebietes mit zulässig dreigeschossiger **offener** Bauweise ist von den vorstehenden Begrenzungen der Zahl der Wohnungen ausgenommen.
(§ 9(1)6 BauGB + 31(1) BauGB)
15. Innerhalb des Plangebiets wird die Firsthöhe der Gebäude wie folgt festgesetzt:
 - Im allgemeinen Wohngebiet, nördlich der Erschließungsstraße A, auf den **Baugrundstücken** Nr. 1 bis Nr. 3, mit maximal + 68,5 m NN
 - Im allgemeinen Wohngebiet, nördlich und südlich der Erschließungsstraße B, für die **Baugrundstücke** Nr. 4 bis Nr. 12, mit maximal + 67 m NN
 - Im allgemeinen Wohngebiet, nördlich des Hoisdorfer Weges, auf den **Baugrundstücken** Nr. 13 bis Nr. 18, mit maximal + 70,5 m NN
 - Im allgemeinen Wohngebiet, südlich der Erschließungsstraße A, für die **Baugrundstücke** Nr. 19 bis Nr. 26, mit maximal + 70 m NN
 - Im allgemeinen Wohngebiet, südlich Fichtenweg, **Baugrundstück** Nr. 27, mit maximal + 74,5 m NN
(§ 9(1)1 BauGB)
16. Es sind geneigte Dächer mit einer **Dachneigung** von 15 Grad bis 50 Grad zulässig. Begrünte Dächer unterliegen nicht den Festsetzungen der Mindestdachneigung.
(§ 9(4) BauGB + § 84 LBO)
17. Nebenanlagen und Garagen, ausgenommen Carports aus Holz, sind **in Farbe** und Material dem Hauptgebäude anzupassen.
(§ 9(4) BauGB + § 84 LBO)
18. Innerhalb der Flächen mit der **Umgrenzung** von Flächen für die **Anordnung** von schallgedämmten Lüftungen sowie innerhalb der Flächen mit festgesetztem **Lärmpegelbereich III** sind zum Schutze der Nachtruhe bezogen auf den Hoisdorfer Weg an den straßenzugewandten und seitlichen **Fronten** von Baukörpern sowie bezogen auf die Erschließungsstraße A an allen straßenzugewandten **Fronten** von **Baukörpern** für Schlaf- und Kinderzimmer schallgedämmte Lüftungen vorzusehen, falls der notwendige **hygienische Luftwechsel** nicht auf andere, nach den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik geeigneten Weise **sichergestellt** werden kann. Die schalltechnischen Eigenschaften der Gesamtkonstruktion (Wand, Fenster, **Lüftung**) müssen den Anforderungen des **Lärmpegelbereiches III** genügen. Die Maßnahmen sind bei Neubau-, **Umbau-** und Erweiterungsbaumaßnahmen durchzuführen.
 Von der vorgenannten Festsetzung kann abgewichen werden, wenn im **Rahmen** eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen **Lärmbelastung** geringere **Anforderungen** an den passiven Schallschutz resultieren.
(§ 9(1)24 BauGB)
19. Bei den nach § 9(1)24 Baugesetzbuch innerhalb der Fläche für **Vorkehrungen** zum Schutze vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes festgesetzten passiven Schallschutzmaßnahmen nach DIN 4109 vom November 1989, **Teil 5**, Tabellen 8, 9 und 10 für den **Lärmpegelbereich III** entlang des Hoisdorfer Weges und **entlang** dem südlichen Teilbereich der Erschließungsstraße A jeweils zugewandten Gebäudeseiten sind die **Anforderungen** für den **Lärmpegelbereich III** einzuhalten, für die auf die jeweilige Straße bezogenen seitlichen **und rückwärtigen** Gebäudeseiten sind keine besonderen Anforderungen einzuhalten.
 Von der vorgenannten Festsetzung kann abgewichen werden, wenn im **Rahmen** eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen **Lärmbelastung** geringere **Anforderungen** an den passiven Schallschutz resultieren.
(§ 9(1)24 BauGB)
20. Entlang der Nordwestseite des **Hoisdorfer Weges** sind an den **straßenzugewandten** Gebäudefronten bauliche Anlagen mit schützenswerten **Nutzungen** bis zu einem Abstand von **16 m** (gemessen von der Straßenmitte) geschlossen auszuführen. Innerhalb dieses Abstandes sind Außenwohnbereiche (Terrassen, Loggien, Balkone) nur im Schutze von Baukörpern auf den straßenabgewandten, **seitlichen** und rückwärtigen Fronten der Gebäude zulässig. Des Weiteren ist die **Ausführung** von nicht beheizten **Wintergärten** oder von geschlossenen Loggien bzw. geschlossenen Balkonen innerhalb dieses Abstandes zulässig.
 Von der vorgenannten Festsetzung kann abgewichen werden, wenn im **Rahmen** eines Einzelnachweises ermittelt wird, dass aus der tatsächlichen **Lärmbelastung** geringere **Anforderungen** an den passiven Schallschutz resultieren.
(§ 9(1)24 BauGB)
21. Innerhalb der Flächen für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern —**vorhandener Knick-** sind die vorhandenen Gehölzstrukturen dauerhaft zu erhalten und bei Abgang durch **standortgerechte** und heimische Gehölze zu ersetzen.
(§ 9(1) 20 BauGB + § 9(1)25a BauGB i.V.m. § 9(1)25b BauGB)

22. a.

Die in der Planzeichnung als von der Bebauung freizuhalten Fläche -Knickrandstreifen- ist als **naturnaher**, feldrainartiger Wildkrautstreifen zu entwickeln und auf Dauer zu erhalten. Andere Nutzungen, die dem Schutzzweck dieser Flächen für die Erhaltung der angrenzenden Knicks widersprechen, sind unzulässig.

b.

Die in der Planzeichnung als Straßenbegleitgrün festgesetzten Flächen entlang vorhandener Knicks sind als **naturnaher**, feldrainartiger Wildkrautstreifen zu entwickeln und auf Dauer zu erhalten. Andere Nutzungen, die dem Schutzzweck dieser Flächen für die Erhaltung der angrenzenden Knicks widersprechen, sind unzulässig.

(§ 9(1)20 BauGB)

23. Die zu versetzenden Knickteile sowie der neu anzulegende Knick, erhält eine Grundbreite von mindestens **3,0 m** und eine Wallkronenhöhe von mindestens 0,75 m (Böschung 1:1 = 0,75 m, Wallkrone = 1,50 m, Böschung 1:1 = 0,75 m). Die Bepflanzung ist zweireihig mit heimischen Laubgehölzen entsprechend der potenziellen natürlichen Vegetation vorzunehmen und auf Dauer zu erhalten. Weiter sind insgesamt 3 Einzelbäume als Überhälter zu pflanzen und auf Dauer zu erhalten.

(§ 9(1)20 BauGB + § 9(1)25a BauGB i.V.m. § 9(1)25b BauGB)

24. Auf den Baugrundstücken Nr. 4 bis Nr. 8 ist gegenüber dem freien Landschaftsraum an der Nordgrenze der Grundstücke eine Laubholzhecke aus standortgerechten heimischen Laubgehölzen anzupflanzen und auf Dauer zu erhalten.

(§ 9(1)20 BauGB + § 9(1)25a BauGB i.V.m. § 9(1)25b BauGB)

25. Die Flächen für Maßnahmen nach § 9(1)20 Baugesetzbuch, die festgesetzten Maßnahmen der Textziffern 1, 2 und 21 bis 24 sowie die Ersatzmaßnahmen außerhalb des Plangebietes werden aufgrund des § 1a des Baugesetzbuches als Ausgleichsmaßnahmen den betroffenen Baugrundstücken der Allgemeinen Wohngebiete zugeordnet.

(§ 1a BauGB)

zu Textziffer 18 bis 20

Folgende Mindestwerte der Luftschalldämmung von Außenbauteilen sind einzuhalten und in den nachfolgenden Tabellen 8, 9 und 10, Teil 5 der DIN 4109 vom November 1989 aufgeführt, die Bestandteil der Text-Ziffern 18 bis 20 sind:

Tabelle 8. Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen

Spalte	1	2	3	4	5	
Zeile	Lärmpegelbereich	"Maßgeblicher Außenlärmpegel"	Raumarten			Bürräume ¹⁾ und ähnliches
			Bettenräume in Krankenanstalten und Sanitorien	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichts- und ähnliche		
		dB(A)	erf. $R_{w, res}$ des Außenbauteils in dB			
1	I	bis 55	35	30	-	
2	II	56 bis 60	35	30	30	
3	III	61 bis 65	40	35	30	
4	IV	66 bis 70	45	40	35	
5	V	71 bis 75	50	45	40	
6	VI	76 bis 80	2)	50	45	
7	VII	> 80	2)	2)	50	

¹⁾ An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt.
²⁾ Die Anforderungen sind hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

Tabelle 9. Korrekturwerte für das erforderliche Schalldämmmaß nach Tabelle 8 in Abhängigkeit vom Verhältnis $S_{(w+F)}/S_G$

Spalte/Zeile	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	$S_{(w+F)}/S_G$	2,5	2,0	1,6	1,3	1,0	0,8	0,6	0,5	0,4
2	Korrektur	+5	+4	+3	+2	+1	0	-1	-2	-3

$S_{(w+F)}$: Gesamtfläche des Außenbauteils eines Aufenthaltsraumes in m²
 S_G : Grundfläche eines Aufenthaltsraumes in m².

Tabelle 10. Erforderliche Schalldämmmaße erf. $R_{w, res}$ von Kombinationen von Außenwänden und Fenstern




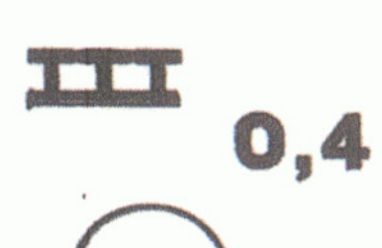





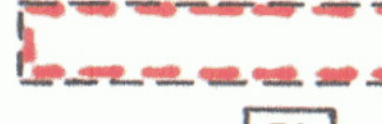
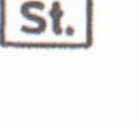
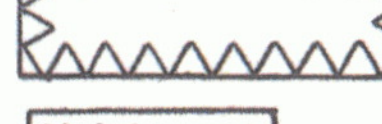
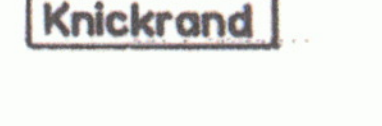
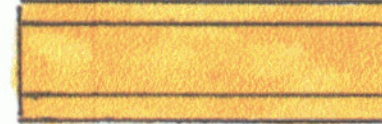



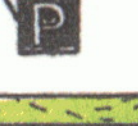
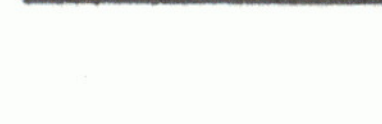
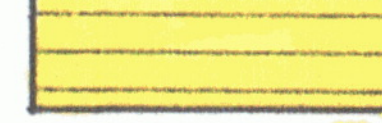

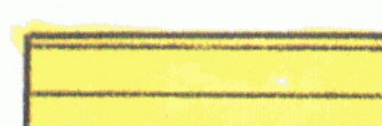

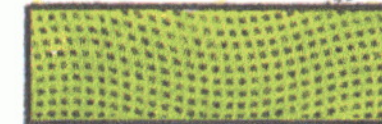

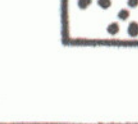


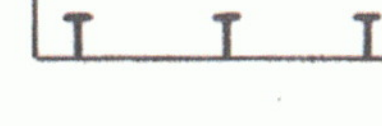

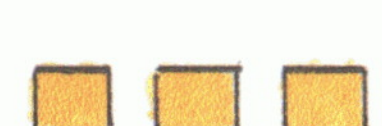







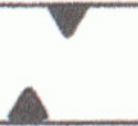



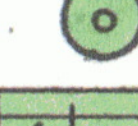
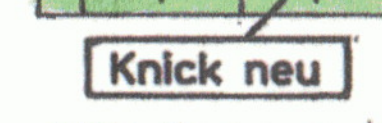
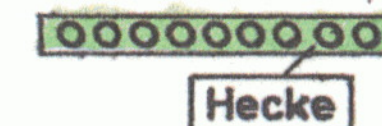
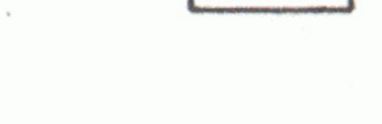



Spalte	1	2	3	4	5	6	7
Zeile	ert. $R_{w, res}$ in dB nach Tabelle 8	Schalldämmmaße für Wand/Fenster in ...dB/...dB bei folgenden Fensterflächenanteilen in %					
		10%	20%	30%	40%	50%	60%
1	30	30/25	30/25	35/25	35/25	50/25	30/30
2	35	35/30 40/25	35/30	35/32 40/30	40/30	40/32 50/30	45/32
3	40	40/32 45/30	40/35	45/35	45/35	40/37 60/35	40/37
4	45	45/37 50/35	45/40 50/37	50/40	50/40	50/42 60/40	60/42
5	50	55/40	55/42	55/45	55/45	60/45	-

Diese Tabelle gilt nur für Wohngebäude mit üblicher Raumhöhe von etwa 2,5 m und Raumtiefe von etwa 4,5 m oder mehr, unter Berücksichtigung der Anforderungen an das resultierende Schalldämmmaß erf. $R_{w, res}$ des Außenbauteiles nach Tabelle 8 und der Korrektur von -2 dB nach Tabelle 9, Zeile 2.

ZEICHENERKLÄRUNG

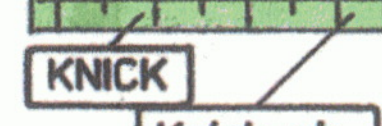

Planzeichen Erläuterung Rechtsgrundlage

I. FESTSETZUNGEN


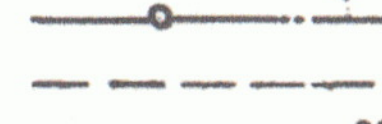


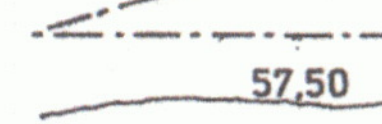


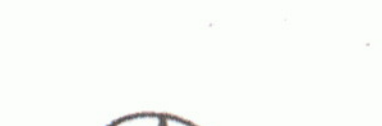

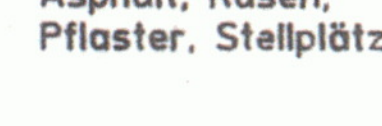
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 13A	§9(7) BauGB
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung	§16(5) BauNVO
ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG		
	Allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 der Baunutzungsverordnung	§9(1)1 BauGB
	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (z.B. III)	
	Grundflächenzahl (GRZ) als Höchstgrenze (z.B. 0,4)	
	Geschossflächenzahl (GFZ) als Höchstgrenze (z.B. 0,8)	
BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN		
	Offene Bauweise	§9(1)2 BauGB
	Nur Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig	
	Geschlossene Bauweise	
	Baugrenze	
FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN		
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen	§9(1)4 BauGB
	Stellplätze	
VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE FLÄCHEN		
	Von der Bebauung freizuhaltende Fläche	§9(1)10 BauGB
	Knickrandstreifen	
VERKEHRSFLÄCHEN		
	Verkehrsfläche - Trennsystem	§9(1)11 BauGB
	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - Mischverkehrsfläche - VB -	
	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - Geh- und Radweg -	
	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt	
	Grundstückzufahrt	
	Straßenbegrenzungslinie	
	Fläche für das Parken von Fahrzeugen in Längsaufstellung	
	Straßenbegleitgrün	
VERSORGUNGSFLÄCHEN		
	Versorgungsfläche	§9(1)12 BauGB
	- Löschwasserszisterne	
FLÄCHEN FÜR DIE ABWASSERBESEITIGUNG		
	Fläche für die Abwasserbeseitigung	§9(1)14 BauGB
	Abwasserpumpstation	
ÖFFENTLICHE UND PRIVATE GRÜNFLÄCHEN		
	Öffentliche und private Grünfläche	§9(1)15 BauGB
	Öffentliche Parkanlage	
	Private Gartenanlage	
	Knickrand mit neuem Knick	
FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT		
	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	§9(1)20 BauGB
		
		
		
		
		
MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN		
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche	§9(1)21 BauGB
	Gehrecht (G), Fahrrecht (F), Leitungsrecht (L)	
	Baugrundstücksnummer als Zuordnung (z.B. 15)	
FLÄCHEN FÜR GEMEINSCHAFTSANLAGEN		
	Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen	§9(1)22 BauGB
	- Gemeinschaftsstellplätze	
	- Gemeinschaftsmüllgefäßstandplatz	
FLÄCHEN FÜR VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZE VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZES		
	Fläche für Vorkehrungen zum Schutze vor schädlichen Lärmimmissionen	§9(1)24 BauGB
	Lärmpegelbereich nach DIN 4109 vom November 1989, Teil 5, Tabellen 8, 9 und 10 (z.B. LPB III)	
	Umgrenzung von Flächen für die Anordnung von schalldämmten Lüftungen	
FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND DEREN ERHALTUNG		
	Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und deren Erhaltung	§9(1)25a BauGB
	- zu pflanzender und zu erhaltender Straßenbaum	I.V.M.
	- zu pflanzender und zu erhaltender Knick	§9(1)25b BauGB
	- zu pflanzende und zu erhaltende Hecke	
		
		
FLÄCHEN MIT BINDUNGEN FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN		
	Zu erhaltender Einzelbaum	§9(1)25b BauGB

II. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

§9(6) BauGB

	Vorhandener Knick - gesetzlich geschütztes Biotop gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG und § 21 Abs. 1 LNatSchG
	

III. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

	Vorhandene bauliche Anlagen
	Vorhandene Flurstücksgrenze
	In Aussicht genommene Grundstücksgrenze
	Flurstücksbezeichnung
	Künftig entfallende Flurstücksgrenze
	Sichtfläche
	Höhenlinie
	Künftig entfallender Knick
	Prägender vorhandener Einzelbaum, außerhalb des Plangebietes gelegen
	Katasterbezeichnungen: Fahrbahn, Weg, Asphalt, Rasen, Pflaster, Stellplätze

PRÄAMBEL:

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 84 der Landesbauordnung (LBO) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 20. Juli 2011 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 13A für das Gebiet: tlw. Hoisdorfer Weg, Verlängerung Fichtenweg bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen:

VERFAHRENSVERMERKE:

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 17. Dezember 2009. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in dem „Stormarner Tageblatt“ am 21. Mai 2010 erfolgt.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Baugesetzbuch wurde durchgeführt zum einen als öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes in der Zeit vom 07. Februar 2011 bis zum 21. Februar 2011 und zum anderen als Informationsveranstaltung am 09. Februar 2011.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 Baugesetzbuch erfolgte am 26. Januar 2011.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch am 26. Januar 2011 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Die Gemeindevertretung hat am 27. April 2011 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 13A mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 31. Mai 2011 bis 04. Juli 2011 während folgender Zeiten – Dienststunden (Mo, Die, Do von 8-17 Uhr, Mittw. von 8-19 Uhr und Fr. von 8-12 Uhr) – nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am 20. Mai 2011 in dem „Stormarner Tageblatt“ ortsüblich bekannt gemacht.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch am 30. Mai 2011 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Der katastermäßige Bestand am 04. Okt. 2010 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

Ahrensburg, den 01. AUG. 2011

04. OKT. 2010


Öffentl. best. Vermess.-Ingenieur

Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 20. Juli 2011 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Die Gemeindevertretung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 20. Juli 2011 als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Siek, den 3.8.2011

(S)


BÜRGERMEISTER

Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung und die Stelle, bei der der Plan mit Begründung auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, sind am 5.8.11 ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am 6.8.11 in Kraft getreten.

Siek, den 8.8.11

(S)


BÜRGERMEISTER